

Absender:

Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt

17-05690
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 17-05461
Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen (SEP):
Teil I zu weiterführenden Schulen und Grundschulen**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.10.2017

Beratungsfolge:

		Status
Schulausschuss (Vorberatung)	20.10.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	01.11.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	07.11.2017	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge folgende Ergänzung des Punktes 3 beschließen:

Die Prüfung der Möglichkeiten zur Erweiterung der IGS-Kapazitäten erfolgt sehr zeitnah, um dem Elternwillen nach mehr Plätzen an einer IGS Rechnung zu tragen. Dabei sollen auch Zwischenlösungen erfolgen.

Sachverhalt:

Seit Jahren müssen jedes Schuljahr rund 200 Kinder abgewiesen werden, die eine IGS besuchen wollen, weil keine entsprechenden Plätze an den vorhandenen fünf Gesamtschulen zur Verfügung stehen.

Während dem Wunsch von Eltern, ihr Kind an einem Gymnasium beschulen zu lassen, nachgekommen wird durch Erweiterung von Kapazitäten an den Gymnasien, werden die Eltern, die einen Besuch der IGS für ihr Kind wünschen, immer wieder abgewiesen mit dem Hinweis, dass die Errichtung einer weiteren IGS aufgrund verschiedener Faktoren ein langwieriger und schwieriger Prozess sei. Der Elternwille sollte ein hohes Gut sein und deshalb ist es notwendig, auch im Bereich der Gesamtschulen in Braunschweig nach Lösungen zu suchen, die zumindest einen Teil der Bedarfe decken können. Mittelfristig muss aber auch die Planung einer weiteren Gesamtschule ernsthaft angegangen werden.

Anlagen: